



Regierungsratsbeschluss vom 25. Oktober 2022

Ständerat; Staatspolitische Kommission; 19.311 Kt. Iv. ZG. Politisches Mandat auch bei Mutterschaft. Änderung der Bundesgesetzgebung / 20.313 Kt. Iv. BL. Teilnahme an Parlamentssitzungen während des Mutterschaftsurlaubs / 20.323 Kt. Iv. LU. Politikerinnen im Mutterschaftsurlaub / 21.311 BS. Wahrnehmung des Parlamentsmandates während des Mutterschaftsurlaubs; Vernehmlassung

P221187

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an die Staatspolitische Kommission des Ständerats.

Begründung

Der Regierungsrat stimmt der von der Staatspolitischen Kommission des Ständerats vorgeschlagenen Änderung des Bundesgesetzes über die Erwerbsersatzordnung zu, welche es ermöglichen soll, dass Parlamentarierinnen während des Mutterschaftsurlaubs ihr Parlamentsmandat wahrnehmen können, ohne ihren Anspruch auf die Mutterschaftsentschädigung zu verlieren. Er unterstützt aber zusätzlich den Minderheitsantrag der Kommission, diese Änderung auch auf Kommissionssitzungen auszuweiten.

